



Ich bin überzeugt: In einer guten Bildungspolitik liegt der entscheidende Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Integrationspolitik.

Damit jeder von seiner Arbeit leben kann, braucht es eine gute Qualifikation.

Das heisst für mich, dass wir noch viel mehr in unsere Kinder und Jugendlichen investieren müssen. Wir müssen sie fit machen, damit sie die künftigen Herausforderungen anpacken und lösen können.

„Investieren und fit machen“ heisst für mich, dass wir unsere guten Grundlagen unseres öffentlichen Bildungssystems gezielt stärken.

1. Das erste Ziel ist, dass unsere Schülerinnen und Schüler unabhängig von persönlichen und sozialen Umständen gute Bildungschancen erhalten.
2. Das zweite wichtige Ziel ist, dass wir dabei auch taugliche schulische Mindeststandards haben.
3. Ein drittes Ziel ist, dass wir den Bildungsverantwortlichen, also Lehrerinnen und Lehrern, genügend Mittel zur Verfügung stellen.

Die Erwartungen von den Eltern, von der Wirtschaft und von den Hochschulen steigen und gehen zunehmend auseinander. Und damit leidet in manchen Orten das Vertrauen in den öffentlichen Bildungswesen.

Für mich ein wichtiges Problem ist auch, dass wir es tatsächlich in der kleinen Schweiz nicht geschafft haben, uns auf ein gemeinsames Bildungsmodell zu einigen.

Die Unterschiede von Kanton zu Kanton sind enorm. Da sind uns zum Beispiel die Finnen voraus. Jedes finnische Kind hat bis zum Alter von drei Jahren Anspruch auf einen Kinderkrippenplatz.

Es ist freiwillig den Anspruch wahrzunehmen. Für die Betreuung von Kindern stehen von Geburt bis zum 6. Lebensjahr Kindertagesstätten zur Verfügung.

Die allgemeine Schulpflicht beginnt in dem Jahr, in dem das Kind das 7. Lebensjahr vollendet hat und endet nach neun Jahren mit der Einheitsschule.

Das heisst, egal, wohin finnische Eltern mit ihren Kindern ziehen, sie finden überall die gleichen Rahmenbedingungen vor.

Gemäss dem Positionspapier des Dachverbands der Lehrerinnen und Lehrer von 2017 zeigen Untersuchungen, dass Schülerinnen und Schüler wegen ihres sozioökonomischen Status oder ihrer soziokulturellen Herkunft systematisch benachteiligt oder bevorteilt sind. In Kantonen mit drei- bis vierteiligen Sekundarstufen I ist diese Tendenz stärker ausgeprägt.

Ich bin der festen Überzeugung, dass alle Schülerinnen und Schüler in der ganzen Schweiz die gleichen guten Bedingungen und Chancen haben sollen, unabhängig von ihrem Wohnort.

Wir haben in der Schweiz gute Schulen und Hochschulen. Und doch lassen wir enorm viel Potentiale ungenutzt.

Die soziale Chancengerechtigkeit hat in den letzten Jahren leider nicht zugenommen, sondern abgenommen.

Die technologische und gesellschaftliche Wandel und die rasanten Veränderungen in der Arbeitswelt erfordern, dass wir unsere Bildungswesen neu denken müssen und mehr über lebenslanges Lernen nachdenken sollten.

Ich habe versucht alle Herausforderungen und Lösungen «für eine gute Bildung für alle» in 10 Handlungsfeldern zu beschreiben:

1. Erstens: Es darf nicht sein, dass Kinder wegen schlechter Kenntnisse der Unterrichtssprache schon ab der ersten Primarklasse ein Zwei am Rücken haben. Deswegen muss:

Frühförderung nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz flächendeckend gefördert werden.

Übrigens: es freut mich besonders, dass es seit einer Woche in den ganzen nationalen Medien die Frühförderung und unser Basler Modell ein grosses Thema ist.

Denn für die Frühförderung haben wir uns als SP Basel-Stadt und habe ich mich jahrelang eingesetzt, als das ausserhalb von Fachkreisen und ausserhalb von Basel noch kaum ein Thema war.

2. Zweitens: Es darf nicht sein, dass Jugendliche in der Schule benachteiligt sind, weil ihre Eltern nicht die Ressourcen haben, ihnen bei Hausaufgaben und der Prüfungsvorbereitung Hilfe zukommen zu lassen. Daher sollte der Bund:

die Kantone unterstützen, damit sie Tagesschulen für alle mit einem umfassendem Bildungsauftrag einführen können.

3. Drittens: Es darf nicht sein, dass Jugendliche nach der Primarschule und erst recht nach dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit nicht über minimale Basiskompetenzen verfügen. Kein Kind darf zurückbleiben! 11% der Kinder finden schweizweit nach der obligatorischen Schule keinen Anschluss, diese Zahl ist in unserem Kanton sogar über 20%. Das ist eindeutig zu viel.

Um sicherzustellen, dass alle diese Mindeststandards erreichen, braucht es ein Bildungswesen mit einer guten Durchlässigkeit, mit Coaching zwischen den Schulstufen oder bei Systemübergängen und passende Brückenangebote. Denn das Ziel von Mindeststandards ist es ja nicht, Kinder und Jugendliche zu stigmatisieren, die sie nicht erreichen. Sondern das Ziel ist, diese Kinder und Jugendliche zu stärken.

Daher ist klar:

Schulische Mindeststandards müssen schweizweit konsequent durchgesetzt werden – mit flexiblen Übergängen und individueller Förderung!

4. Viertens: Es darf nicht sein, dass Jugendliche mit einer Behinderung oder bestimmten Defiziten trotz vorhandener Potentiale den Einstieg ins Arbeitsleben nie schaffen, weil sie keine geeignete Berufsausbildung finden. Aus diesem Grund müssen **sozial engagierte Lehrbetriebe noch stärker unterstützt werden.**

5. Fünftens: Erwachsene ohne Abschluss einer Berufsausbildung können enorme Probleme auf dem Arbeitsmarkt bekommen, wenn sie ihre Stelle verlieren. Es darf nicht sein, dass 30jährige nicht einmal eine Attestausbildung abgeschlossen haben.

Daher muss endlich das Angebot an

Nachholbildung schweizweit verstärkt werden.

6. Sechstens: Es darf nicht sein, dass motivierte junge Menschen, die von staatlichen Bildungsausgaben nur wenig profitiert haben, in den Jahren nach dem Abschluss der Berufsausbildung auf sinnvolle Zweit- und Zusatzausbildungen verzichten.

Deswegen sollen Bund und Kantone das **lebenslange Lernen für wirtschaftlich Schwächere fördern und zum Beispiel Digital-Fitness-Programme für Arbeitnehmende anbieten.**

Man muss auch in Zusammenarbeit mit Berufsverbänden Modelle für Weiterbildungsgutscheine entwickeln. Denn die wissen am besten, welche Weiterbildungen es wirklich wert sind, gefördert zu werden.

Eine Weiterbildungsoffensive würde indirekt auch älteren Arbeitnehmenden helfen, die heute Schwierigkeiten haben, einen Job zu finden.

7. Siebtens: Abgesehen davon ist es sowieso absurd, dass in vielen Firmen Arbeitnehmende 45h-Wochen und / oder Überstunden bis zum Geht-nicht-mehr leisten, während andere keinen Job finden.
Die vorhandene Arbeit muss besser verteilt werden! Es braucht pragmatische Konzepte, um die Zahl der Überstunden zu reduzieren und die Regelarbeitszeit auf unter 40 Stunden pro Woche zu reduzieren.

8. Achtens: Es darf nicht sein, dass die Schweiz Zehntausende medizinische und andere Fachkräfte aus anderen Ländern abwirbt, während man so vielen jungen Menschen, die in der Schweiz aufwachsen, die Möglichkeit verwehrt, Medizin zu studieren. Deswegen muss die Schweiz:
genügend Ärztinnen und Ärzte selbst ausbilden. Deswegen braucht es mehr Medizinstudienplätze. Auch in anderen Bereichen sollten mehr Fachkräfte hierzulande ausgebildet werden.

9. Neuntens: Es darf nicht sein, dass finanzielle Überlegungen junge Menschen von einer Ausbildung oder einem Studium abhalten. In den letzten Jahren sind die Stipendien gesunken, während Lebenshaltungskosten und Studiengebühren stetig gestiegen sind. Deswegen müssen:
Stipendien ausgebaut, berufliche Weiterbildungen stärker gefördert und die Studiengebühren auf dem heutigen Stand (also unter 1000.- pro Semester) eingefroren werden.

10. Und zehntens: Es darf nicht sein, dass hochqualifizierte Fachkräfte, die z.B. ihrem Lebenspartner oder Lebenspartnerin in die Schweiz gefolgt sind, jahre- bis jahrzehntelang nicht in ihren Berufen arbeiten können, nur weil ihre Diplome nicht anerkannt werden oder in der Schweiz nicht als äquivalent betrachtet werden. Sie finden dann als Barkeeper oder Bürosekretärin ein

Auskommen und verschärfen dabei den «Konkurrenzdruck gegen unten».

Es braucht bessere und pragmatische Möglichkeiten für die Diplomanerkennung (Nachholen bestimmter Kurse und Prüfungen usw.) und besondere Programme, um die Potentiale zugewanderter Fachkräfte besser nutzen zu können.

Dann noch etwas zur Digitalisierung:

Es ist viel die Rede von den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt.

Eines ist klar: wenn wir die Chancen der Digitalisierung tatsächlich zum Vorteil von allen nutzen wollen, müssen wir vor allem in das gut etablierte duale Schweizer Bildungssystem investieren, dieses auf allen Ebenen laufend weiterentwickeln, lebenslanges Lernen fördern und die verbleibende Arbeit besser verteilen.

Die Förderung der Weiterbildung durch den Staat nützt nicht nur den Arbeitnehmenden, sondern ganz besonders auch den KMU, die nicht immer die nötigen Mittel haben, um ihren Mitarbeitenden teure Weiterbildungen zu finanzieren.

Bildungspolitik ist immer weniger nur ein kantonales Thema.

Wir brauchen immer mehr eine nationale Bildungsstrategie -

Frühförderung – Mindeststandards – die Förderung von lebenslangem Lernen – All das braucht es im ganzen Land, von Genf bis nach Rohrschach und von Basel nach Chiasso!

Es braucht unser gemeinsames Engagement, um in diese rasanten technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen einzugreifen, um so die Chancen zum Vorteil aller nutzen zu können.

Die heutige Bildungspolitik ist ein starker Hebel, um die Arbeitswelt von morgen zu beeinflussen **und dafür zu sorgen, dass übermorgen alle eine Arbeit haben können, die sie zufrieden macht und von der sie gut leben können!**